



**Planzeichenerklärung**

- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs  
§ 9 Abs. 7 BauGB
- Sonstige erläuternde Planzeichen ohne Normcharakter**
- bestehende Gebäude
- bestehende Nebengebäude
- Flurstücksnummer
- Flurstücksgrenze

**Textliche Festsetzungen**

Art der baulichen Nutzung gem. § 9 Abs. 2b BauGB:

Die nach § 34 Abs. 1 und 2 BauGB zulässigen Vergnügungstätten sind nur ausnahmsweise zulässig.

**Hinweise**

**Hinweise zum Verfahren**

Dieser Bebauungsplan bestimmt gemäß § 30 Abs. 3 BauGB die Zulässigkeit von Vorhaben nur soweit, wie er Festsetzungen enthält. Im Übrigen richtet sich die Zulässigkeit von Vorhaben nach § 34 BauGB.

**Artenschutzrechtliche Prüfung**

Im Falle einer Bebauung oder Umnutzung ist in den nachgeordneten Genehmigungsverfahren unter Beteiligung der zuständigen Behörden zu prüfen, ob eine artenschutzrechtliche Prüfung erforderlich ist.

**Hinweis zu Plänen**

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 1200 -Marxloh- „Weseler Straße“ werden folgende Fluchtliniennetze teilweise oder gänzlich überdeckt:

- F 42 förmlich festgestellt am: 07.01.1902 (teilweise)
- F 42a förmlich festgestellt am: 12.07.1950 (teilweise)
- F 45 förmlich festgestellt am: 18.10.1900 (teilweise)
- F 182 förmlich festgestellt am: 28.03.1913 (teilweise)
- F 187 förmlich festgestellt am: 11.03.1901 (teilweise)
- F 251 förmlich festgestellt am: 20.01.1932 (teilweise)
- F 251a förmlich festgestellt am: 03.02.1912 (gänzlich)
- F 253 förmlich festgestellt am: 20.01.1932 (gänzlich)
- F 266 förmlich festgestellt am: 10.01.1907 (teilweise)
- F 285f förmlich festgestellt am: 26.08.1901 (teilweise)

Die Fluchtliniennetze bleiben erhalten und stehen den textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 1200 -Marxloh- Weseler Straße nicht entgegen.

**Hinweis zu Altlastenverdachtsflächen**

Innerhalb des Geltungsbereiches liegen Flächen mit Verdacht auf schädliche Bodenveränderungen. Im Falle einer Bebauung oder Umnutzung ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens oder einer sonstigen Maßnahme im Plangebiet unter Beteiligung der Unteren Bodenschutzbehörde zu prüfen, ob tatsächlich eine Belastung vorliegt, d. h. der Verdacht bestätigt oder ausgeräumt werden kann. In Abstimmung mit der Unteren Bodenschutzbehörde ist je nach Ergebnis dieser Prüfung und der geplanten Nutzung ggf. der tatsächliche Belastungsgrad zu erkunden um, falls erforderlich, ein Sanierungskonzept vorzulegen und eine Sanierung durchzuführen.

Der Bebauungsplan besteht aus - diesem Blatt - und einer Begründung. Die Zusammengehörigkeit ist auf den einzelnen Teilen beurkundet.

Duisburg, den 14.4.14

Amt für Baurecht und Bauberatung

Es wird bescheinigt, dass die Bestandsangaben mit dem Liegenschaftskataster und der Örtlichkeit übereinstimmen und dass die Festlegung der städtebaulichen Planung geometrisch eindeutig ist.

Duisburg, den 14.4.14

Amt für Baurecht und Bauberatung

Stand der Planunterlage: 04.09.2013

Für die Bearbeitung des Planentwurfs.

Duisburg, den 28.04.2014

Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement

**Rechtsgrundlagen :**

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548).

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung-BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 135), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548).

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509).

Bauordnung für das Land Nordrhein - Westfalen - Landesbauordnung - (BauL NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV NRW S. 256), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.03.2013 (GV NRW S. 142).

Soweit in den textlichen Festsetzungen Bezug genommen wird auf technische Regelwerke - DIN-Normen, VDI-Richtlinien sowie Richtlinien anderer Art - können diese beim Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement der Stadt Duisburg zu den üblichen Öffnungszeiten eingesehen werden.

Der Rat der Stadt hat am 09.12.2013 nach § 2 (1) Baugesetzbuch die Aufstellung dieses Bebauungsplanentwurfes beschlossen.

Duisburg, den 28.04.2014



Der Oberbürgermeister

Im Auftrag

Der Aufstellungsbeschluss wurde am 31.12.2013 gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch ortsüblich bekannt gemacht.

Duisburg, den 28.04.2014



Der Oberbürgermeister

Im Auftrag

Der Rat der Stadt hat am 09.12.2013 nach § 3 (1) Satz 2 Baugesetzbuch beschlossen, eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (1) Satz 1 Baugesetzbuch nicht durchzuführen.

Duisburg, den 28.04.2014



Der Oberbürgermeister

Im Auftrag

Der Rat der Stadt hat am 09.12.2013 nach § 3 (2) Baugesetzbuch den Entwurf zu diesem Bebauungsplan und seine öffentliche Auslegung beschlossen.

Duisburg, den 28.04.2014



Der Oberbürgermeister

Im Auftrag

Der Entwurf zu diesem Bebauungsplan und die Begründung haben nach § 3 (2) Baugesetzbuch auf die Dauer eines Monats in der Zeit vom 07.01.2014 bis 07.02.2014 einschließlich zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt.

Duisburg, den 28.04.2014



Der Oberbürgermeister

Im Auftrag

Der Rat der Stadt hat am 07.04.2014 nach § 10 (1) Baugesetzbuch diesen Bebauungsplan als Satzung beschlossen.

Duisburg, den 28.04.2014



Der Oberbürgermeister

Im Auftrag

Diese Satzung entspricht dem Beschluss des Rates der Stadt vom 07.04.2014

Duisburg, den 29.04.2014



Der Oberbürgermeister

Im Auftrag

Der Rat der Stadt hat am 07.04.2014 diesen Bebauungsplan gemäß § 10 (1) Baugesetzbuch als Satzung beschlossen, und er ist am 15.05.2014 gemäß § 10 (3) Baugesetzbuch mit dem Hinweis, dass dieser Bebauungsplan als Satzung mit Begründung vom Tage der Veröffentlichung der Bekanntmachung ab im Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement, Erfstraße 7, Zimmer 2 und 3, 47051 Duisburg an den Werktagen, montags bis freitags, in der Zeit von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr, zu jedermanns Einsicht bereit liegt, ortsüblich bekannt gemacht worden. Auf die §§ 44 (3, 4) und 215 (1) Baugesetzbuch sowie auf § 7 (6) der Gemeindeordnung NW wurde bei der Bekanntmachung hingewiesen.

Duisburg, den 17.05.2014



Der Oberbürgermeister

Im Auftrag

**DUISBURG**  
am Rhein

**Bebauungsplan Nr. 1200 -Marxloh-  
Weseler Straße**

für einen Bereich zwischen Vorholtstraße, Schmelzerstraße, Sibyllenstraße,  
Mittelstraße, Ottostraße, Wolfstraße, Dahlstraße und Vereinsstraße

Stand: Öffentliche Auslegung

Gemarkung Hamborn  
Flur 46, 47, 204, 205, 206

Maßstab 1:1000